

## Sek.-II-Übungsklausur für das Fach Geschichte

### Material:

*Am 21. Oktober 1949 verlas Bundeskanzler Konrad Adenauer vor dem Deutschen Bundestag die folgende Regierungserklärung:*

5 „Ihnen, meine Damen und Herren vom Deutschen Bundestag, als den legitimierten Vertretern des deutschen Volkes habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die jüngsten Vorgänge in der Ostzone und in Berlin sind kennzeichnend für den tragischen Weg des deutschen Volkes [...]. Sie  
10 unterstreichen mit aller Klarheit und Deutlichkeit noch einmal die Zerreißung des deutschen Gebietes in zwei Teile [...]. Entgegen dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, in dem beschlossen wurde, Deutschland während der Besetzungszeit als eine politische und wirtschaftliche Einheit zu betrachten, trat schon sehr bald eine verschiedene Auffassung über die Deutschland gegenüber zu beobachtende Haltung unter den Alliierten zutage. In der Sowjetzone wurden  
15 schon im Jahre 1945 im Gegensatz zu den drei anderen Zonen Zentralverwaltungen eingerichtet, die den unverkennbaren Zweck hatten, die ganze sowjetische Zone staatlich einheitlich zu organisieren. Diese Bestrebungen wurden aufs Nachdrücklichste gefördert durch die am 12. Juni 1947 erfolgte  
20 Bildung einer Wirtschaftskommission. [...] Diese Volkskongresse sind nicht aus Wahlen, das heißt aus freien Wahlen, an denen sich jeder hätte frei beteiligen können, hervorgegangen. Für den Dritten Volkskongress durfte nur eine Einheitsliste aufgestellt werden. [...]  
25 Nach dem völligen Zusammenbruch aller staatlichen Organisationen in Deutschland mit der bedingungslosen Kapitulation kann aber eine Organisation in Deutschland nur dann den Anspruch darauf erheben, ein legitimer Staat zu sein, wenn sie auf dem freien Willen der Bevölkerung beruht. Es wird niemand behaupten können, dass die nunmehr geschaffene Organisation der Sowjetzone auf dem freien Willen der Bevölkerung dieser Zone beruht. Sie ist zustande  
30 gekommen auf Befehl Sowjetrusslands und unter Mitwirkung einer kleinen Minderheit ihm ergebener Deutscher. [...] Das, was jetzt dort geschieht, wird nicht von der Bevölkerung getragen und damit legitimiert. Die Bundesrepublik Deutschland stützt sich dagegen auf die Anerkennung durch den frei bekundeten Willen von rund 23 Millionen stimmberechtigter Deutscher. [...]

*Quelle: 1. Deutscher Bundestag. Stenographisches Protokoll der 13. Sitzung, 21. Oktober 1949, S. 307-309.*

### Aufgaben<sup>1</sup>:

- 1.) Fassen Sie – nach einer knappen Vorstellung des Materials – die wesentlichen Inhalte des oben gegebenen Textes mit eigenen Worten zusammen.*
- 2.) Erklären Sie wesentliche Inhalte der Zeilen 1 – 18 vor dem historischen Hintergrund.*
- 3.) Beurteilen Sie begründet Adenauers Aussagen in den Zeilen 19 - 29.*

---

<sup>1</sup> Diese Übungsklausur ist nicht in erster Linie dafür konzipiert worden, dass sie in genau zwei Schulstunden bearbeitet werden kann. Der Zeitrahmen wird hier vernachlässigt.

## **AFB I: Vorbemerkungen**

*Grundsätzliche Anforderungen zum AFB I sind dem allgemeinen Arbeitsblatt zu den Klausuren in der Sek II zu entnehmen (MAX-Homepage, Bereich „Geschichte“).*

*Die hier gegebene Aufgabenstellung zum AFB I lautet: „Fassen Sie – nach einer knappen Vorstellung des Materials – die wesentlichen Inhalte des oben gegebenen Textes mit eigenen Worten zusammen.“ Darin sind also eigentlich zwei Arbeitsaufträge enthalten: 1.) Sie sollen eine Vorstellung des Materials<sup>2</sup> anfertigen, 2.) Sie sollen eine Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte erstellen. Dabei bietet es sich an, den Operator „Zusammenfassen“ genauer zu kennen (denn wenn Sie die Aufgabe abweichend von der Definition bearbeiten, verfehlen Sie wahrscheinlich die Aufgabenstellung – und erhalten ggf. eine Teilnote im mangelhaften oder sogar ungenügenden Bereich!).*

*Das Kultusministerium definiert „Zusammenfassen“ im Fach Geschichte so: „Sachverhalte auf wesentliche Aspekte reduzieren und sprachlich distanziert strukturiert und unkommentiert wiedergeben“<sup>3</sup>. Diese Erklärung sieht auf den ersten Blick unproblematisch aus, enthält aber doch wichtige Einschränkungen:*

→ Hinter „auf wesentliche Aspekte reduzieren“ steckt die Aufforderung, die wichtigsten Inhalte in verkürzter Form in den zu verfassenden Text aufzunehmen – und somit weniger wichtige Passagen auszulassen. Was wichtig ist, ist Ihre Entscheidung!

→ „Sprachlich distanziert“ gibt vor, dass Sie – soweit möglich – Ihre eigenen Worte verwenden und Inhalte des Materials in der indirekten Rede wiedergeben<sup>4</sup>.

→ „Strukturiert“ verlangt von Ihnen, dass Sie die Inhalte nicht konfus und zusammenhangslos aufgreifen. Im Regelfall folgen Sie der Reihenfolge, in der die Inhalte auch im Material aufgegriffen werden. Zeigen Sie, dass Sie Themenwechsel o.Ä. bemerkt haben, indem Sie an den entsprechenden Stellen einen Absatz in Ihre Wiedergabe einfügen.

→ „Unkommentiert“ bedeutet, dass Sie in die Zusammenfassung kein Zusatzwissen einfügen (dies gilt nicht für die Vorstellung des Materials!) und somit nicht erklären dürfen. Das Erklären des Inhaltes ist AFB II !

Sie haben sich nun zuerst klargemacht, was die Aufgabenstellung von Ihnen erwartet. Nun können Sie vor diesem Hintergrund das Material erschließen. Lesen Sie den Text sorgfältig und mehrfach, unterstreichen Sie wesentliche Inhalte und machen Sie sich Notizen (z.B. am Rand, dafür ist dieser schließlich da!).

Bevor Sie mit der Vorstellung des Materials beginnen, sollten Sie sich auf einem „Schmierzettel“ Notizen zu den einzelnen geforderten Informationen machen. Wenn Sie beim Verfassen zunächst Einzelheiten vergessen oder Fehler machen, müssen Sie später im Text herumstreichen oder unzählige „Sternchen“ einfügen, einen guten ersten Eindruck auf den Leser macht dies nicht!

## **Aufgabe:**

Bearbeiten Sie nun die Aufgabe 1.

Vergleichen Sie Ihre Ergebnisse anschließend mit der möglichen Lösung auf der nächsten Seite.

---

<sup>2</sup> Welche Informationen einzubringen sind, wird auf dem Blatt „Arbeiten mit Materialien im Geschichtsunterricht der Sek. II“ erklärt, zu finden auf der MAX-Homepage, Bereich „Geschichte“

<sup>3</sup> vgl. Operatorenliste, zu finden u.a. auf der MAX-Homepage, Bereich „Geschichte“

<sup>4</sup> siehe auch: Arbeitsblatt zur ind. Rede auf der MAX-Homepage

### **AFB I: Vorstellung des Materials:**

Eine mögliche Lösung (NICHT DIE EINZIGE KORREKTE LÖSUNG!) könnte so aussehen:

„Das vorliegende Material ist ein Auszug [Kürzungen]<sup>5</sup> aus einer Rede bzw. einer Regierungserklärung [Textsorte] des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer [Verfasser]. Die Primärquelle [Quellenart] wurde am 21. Oktober 1949 [Datum] vor dem Deutschen Bundestag, also vermutlich in Bonn<sup>6</sup> [Ort], gehalten, richtet sich darüber hinaus aber auch wohl auch an die deutsche Bevölkerung in Ost und West im Allgemeinen [Adressaten]. Anlass ist wahrscheinlich die kurz zuvor erfolgte Gründung der DDR.

Thematisiert wird in erster Linie die Legitimität der DDR [Thema], die jedoch an keiner Stelle mit diesem Namen genannt, sondern u.a. als „Sowjetzone“ bezeichnet wird [sprachliche Besonderheit]. Das Material ist im Wesentlichen deskriptiv, da die pol. Zustände in der SBZ und der DDR beschrieben werden. Adenauers Intention ist in erster Linie, die Legitimität der DDR abzustreiten und die der BRD zu betonen.

Da Bundestagsreden in einem öffentlichen Rahmen gehalten werden, ist das Material eine bewusste Überlieferung und somit als Tradition zu bezeichnen.

Der Wahrheitsgehalt ist differenziert zu bewerten. Einerseits ist der Bundeskanzler der BRD ohne Zweifel eine Person, die der DDR sehr kritisch und somit nicht neutral gegenübersteht, andererseits bezieht sich Adenauer als politisch aktiver Zeitzeuge auch mehrfach auf unstrittige Ereignisse und Entwicklungen, um seine Thesen zu untermauern.

### **AFB I: Zusammenfassung:**

Eine mögliche Lösung (NICHT DIE EINZIGE KORREKTE LÖSUNG!) könnte so aussehen:

„Adenauer führt vor den Abgeordneten aus, der Anlass für seine Erklärung seien<sup>7</sup> aktuelle Entwicklungen in der „Ostzone“ (Z. 3)<sup>8</sup>, welche erneut die Trennung des deutschen Volkes unterstrichen hätten.<sup>9</sup>

Entgegen der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom August 1945 hätten die unterschiedlichen Haltungen der Alliierten dazu geführt, dass Deutschland nicht als politisches und wirtschaftliches Ganzes behandelt worden sei. Die Sowjetzone werde schon ab 1945 zentral organisiert, was u.a. durch die Gründung einer Wirtschaftskommission (1947) und die aus undemokratischen Wahlen hervorgehenden Volkskongresse befördert worden sei.

Adenauer folgert<sup>10</sup> aus diesen Bemerkungen, dass die „Organisation in der Sowjetzone“ (Z. 23) sich nicht auf den freien Willen der Bevölkerung stütze und folglich kein legitimer Staat sei. Sie sei vielmehr entstanden durch den Willen der Sowjetunion und ihrer wenigen deutschen Unterstützer. Im Gegensatz dazu stehe die BRD, deren Legitimität aus den freien Stimmen von 23 Millionen Wahlberechtigten hervorgehe.“

---

5 Die hier und im Folgenden eingefügten Begriffe in eckigen Klammern sollen nicht in Ihrer Ausarbeitung stehen. Sie wurden nur in die Musterlösung eingefügt, um zu verdeutlichen, warum eine bestimmte Information gegeben wurde.

6 Der Ort, an dem die Rede gehalten wurde, geht nicht aus dem Material oder der vorangestellten Information hervor. Die Ortsangabe ist somit eine Zusatzinformation. Wenn aus einem Material nicht alle Angaben hervorgehen, die Sie eigentlich geben müssten, müssen Sie diese auch nicht liefern – außer Sie können diese Informationen sicher herleiten.

7 Hier und im Folgenden findet die indirekte Rede Verwendung.

8 Hier wurde ein knappes Zitat (mit Zeilenbeleg) eingefügt, da dies dem Verfasser hier notwendig erschien (in diesem Fall, da Adenauer den Namen „DDR“ nie verwendet und stattdessen immer wieder Umschreibungen benutzt).

9 Um die Gliederung in Sinnabschnitte deutlich zu machen, wurde hier ein Absatz eingefügt.

10 Dieser Hauptsatz steht nicht in der indirekten Rede, da er keine direkte Aussage Adenauers ist.

## **AFB II: Vorbemerkungen**

*Grundsätzliche Anforderungen zum AFB II sind dem allgemeinen Arbeitsblatt zu den Klausuren in der Sek II zu entnehmen (MAX-Homepage, Bereich „Geschichte“).*

Die hier gegebene Aufgabenstellung zum AFB II lautet: „Erklären Sie wesentliche Inhalte der Zeilen 1 – 18 vor dem historischen Hintergrund.“

Auch hier bietet es sich zunächst an, die offizielle Definition des Operators heranzuziehen: „Sachverhalte so darstellen - gegebenenfalls mit Theorien und Modellen - , dass Bedingungen, Ursachen, Gesetzmäßigkeiten und/oder Funktionszusammenhänge verständlich werden.“ Zunächst ist wichtig, welche „Sachverhalte“ hier aufzugreifen sind. Die Aufgabenstellung sprach schließlich von „wesentlichen Inhalten der Zeilen 1-18“, was in diesem Abschnitt „wesentlich“ ist, ist Ihre (hoffentlich sachlich sinnvolle) Entscheidung.

Anschließend machen Sie dem Leser mit Hilfe Ihres zuvor erarbeiteten Hintergrundwissens klar, welcher Zusammenhang, welches Ereignis usw. hinter einer bestimmten Aussage des Textes steht (in der Lehrersprache wird dies „am Text arbeiten“ genannt). Dabei ist es wichtig, deutlich zu machen, welche Erklärung zu welcher Passage des Materials gehört. Es ist sinnvoll, dies durch ein kurzes Aufgreifen des Inhaltes und eine Zeilenangabe zu zeigen. Da dabei meist nicht direkt zitiert (Bsp.: (Z. 1-5)) wird, muss das auch aus dem Textbeleg hervorgehen (Bsp.: (vgl. Z.1-5)).

Wenn Sie Erklärungen verfassen, die mit dem gegebenen Material (fast) nichts zu tun haben, sind diese irrelevant. Weist Ihre Ausarbeitung mehrfach oder lange irrelevante Passagen auf, wird sich dies negativ auf die Note auswirken (selbst wenn diese Passagen sachlich völlig korrekt sind), da der Lehrer den Eindruck bekommt, dass der Verfasser der Erklärungen gar nicht genau begriffen hat, worum es im Material geht.

Sie können nicht alle Aussagen einer Darstellung oder einer Quelle erklären? Dies muss noch nicht zwangsläufig ein Problem für Sie sein. Ihre Lehrerin / Ihr Lehrer weiß aus dem Unterricht, welche Themen Sie behandelt haben und was Sie somit an Sachkenntnissen haben bzw. haben sollten. Wenn in einem Material eine Passage auftaucht, deren Hintergrund Sie nicht kennen (können), weil dieser im Unterricht nie behandelt wurde, wird man dieses Wissen auch nicht von Ihnen erwarten.

Sie kennen die methodischen Anforderungen der Aufgabe und haben sich im Unterricht bzw. zu Hause ein passendes historisches Wissen erarbeitet. Folglich können Sie nun vor dem Hintergrund der Aufgabe 2 den Text erneut bearbeiten (lesen, markieren, Notizen anfertigen, ...). Los geht's!

### **Aufgabe:**

Bearbeiten Sie nun die Aufgabe 2.

Vergleichen Sie Ihre Ergebnisse anschließend mit der möglichen Lösung auf der nächsten Seite.

## **AFB II: Erklären von Aussagen des Materials von dem hist. Hintergrund:**

(Bei dieser Übung geht es in erster Linie darum, das methodische Vorgehen zu üben. Daher ist zu vernachlässigen, dass in der folgenden Lösung der Aufgabe mehrere mögliche Aspekte nicht genannt und einige der eingefügten recht knapp gehalten wurden.)

Eine mögliche Lösung (NICHT DIE EINZIGE KORREKTE LÖSUNG!) könnte so aussehen:

„Eingangs spricht Bundeskanzler Konrad Adenauer im gegebenen Material von aktuellen Vorgängen im Osten Deutschlands (vgl. Z. 3)<sup>11</sup>, das Datum der Rede legt den Verdacht nahe, dass hiermit in erster Linie die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (deren Namen bzw. Abkürzung „DDR“ Adenauer nicht nennt und stattdessen durch Umschreibungen wie „Ostzone“ etc. ersetzt) auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gemeint ist<sup>12</sup>. So wurde u.a. am 7. Oktober 1949 die Verfassung durch die Volkskammer, das Parlament der DDR, in Kraft gesetzt. Am 15. Oktober 1949 fanden ferner Wahlen zur Volkskammer statt, deren Besonderheiten an späterer Stelle noch erklärt werden.

Die in den Z. 5 – 6 angesprochene „Zerreißung des Deutschen Volkes“ ist vor dem Hintergrund zu verstehen, dass zum Zeitpunkt der Rede mit der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zwei deutsche Staaten mit Regierungsorganen etc. existieren. Adenauer weist ferner darauf hin, dass die Siegermächte des 2. Weltkrieges 1945 auf der Potsdamer Konferenz beschlossen hatten, das besetzte Deutschland als politisches und wirtschaftliches Ganzes zu behandeln (vgl. Z. 6 - 8). Hintergrund dieser Bemerkung sind die Verhandlungen der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition, die u.a. dazu führten, Deutschland zwar in Besatzungszonen (zunächst ausschließlich regiert von den USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion) aufzuteilen, Fragen, die das ganze Land betreffen, aber gemeinsam im alliierten Kontrollrat in Berlin abzustimmen. Aufgrund der politischen Gegensätze zwischen den drei westlichen Demokratien und der kommunistischen Sowjetunion geriet diese Zusammenarbeit aber zunehmend ins Stocken und fand schließlich – vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Kalten Krieges – gar nicht mehr statt. Aus Zeitgründen kann hier auf die Details der zunehmenden Zusammenarbeit der drei Westzonen und der Konflikte mit der sowjetischen Besatzungszone (u.a.: Berlin-Blockade von Juni 1948 – Mai 1949) nicht genauer eingegangen werden<sup>13</sup>.

In den Zeilen 10 – 18 geht Bundeskanzler Adenauer auf einige Stationen in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der SBZ ein. So spricht er u.a. von „Zentralverwaltungen“ (Z. 12), einheitlicher Organisation (vgl. Z. 13), „Wirtschaftskommission“ (Z. 15), und den Wahlen zu den Volkskongressen (vgl. Z. 15-18).

Die einheitliche Organisation beginnt schon sehr bald nach der Kapitulation des 3. Reichs, als auf Stalins Geheiß Exilkommunisten („Gruppe Ulbricht“) aus Moskau in die SBZ gebracht werden, um eine KPD unter sowjetischer Anleitung wiederzubeleben und mit Hilfe der sowjetischen Militradministratur in Deutschland (SMAD) Schlüsselstellungen in den neu eingerichteten Zentralverwaltungen zu besetzen. Um keinen Widerstand in der Zivilbevölkerung hervorzurufen, durften schon 1945 wieder demokratische Parteien (u.a. SPD, CDU und LDPD) gegründet werden. Walter Ulbricht brachte diese Phase auf die Formel: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ Als Wahlerfolge der KPD in der Folge ausblieben, kam es durch sowjetischen Druck zur (Zwangs-)Vereinigung mit der SPD zur SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) am 22. April 1946. Obwohl die SPD mehr Mitglieder und Wahlerfolge vorzuweisen hatte,

---

11 Hier wird der Bezug zum Text hergestellt ...

12 ... und hier folgen die passenden Erklärungen.

13 Da der Zeitrahmen in Klausuren beschränkt ist, müssen Sie sich ggf. entscheiden, welche Hintergründe weniger wichtig für den Kontext des Materials sind als andere – und diese dann sehr kurz oder sogar gar nicht ausführen.

zeichnete sich bald ab, dass in der neu gegründeten Partei Schlüsselstellungen überproportional häufig von Kommunisten besetzt wurden, welche zunehmend die Kontrolle übernahmen. Die anderen, zum „Deutschen Block“ zusammengefassten Parteien, mussten die Vormachtstellung der SED Schritt für Schritt akzeptieren – oder mit Repressalien durch die SMAD rechnen.

Insgesamt ist also absehbar, dass in der SBZ schon früh politisch die Weichen in Richtung sozialistischen Einparteiensstaat unter sowjetischer Dominanz gestellt werden. Die von Adenauer angesprochenen Wahlen zu den Volkskongressen (vgl. Z. 15 - 18) illustrieren diesen Weg zu einem späteren Zeitpunkt. Auf Geheiß der Sowjets bildeten sich ab Ende 1947 der „Deutsche Volkskongress“ und der 1948 daraus hervorgehende „Deutsche Volksrat“ (ab dem 7.10.1949 „Volkskammer der DDR“) mit dem Ziel, eine Verfassung zu erarbeiten. Diese war auf dem Papier sehr liberal, die Praxis sah aber häufig wesentlich repressiver aus. Die Führungsrolle der Kommunisten in der SED offenbarte ein demokratisches Defizit (da die KPD zuvor bei keiner größeren Wahl eine Mehrheit erreicht hatte), ab der Wahl zum 3. Volkskongress im Mai 1949 durfte per „Listenwahl“ nur noch zwischen „Ja“ und „Nein“, nicht mehr zwischen verschiedenen Personen oder Parteien, entschieden werden. Diese Besonderheit galt auch für die von Adenauer genannte Wahl zum dritten Volkskongress (vgl. Z. 17-18).

Nach den Maßstäben westlicher Demokratien sind die im Material angeführten Abstimmungen also undemokratisch, auch weil die SMAD permanent die KPD bzw. später die SED bevorzugt behandelte und durch Druck sowie verschiedene Maßnahmen Einfluss auf Wahlergebnisse nahm.

Die in Zeile 15 angesprochene Wirtschaftskommission spielt auf den wirtschaftlichen Weg von der SBZ zur später zentralverwaltungswirtschaftlichen DDR an. Begonnen wurde dieses Vorhaben schon 1945 mit „Bodenreformen“, im Wesentlichen (Teil-)Enteignungen und Neuverteilungen von landwirtschaftlichen Flächen, die eine spätere „Kollektivierung“ in Richtung einer sozialistischen Landwirtschaft vorbereiteten. In der Industrie kam es zu einer zunehmenden Verstaatlichung von „Schlüsselindustrien“ (v.a. im Bergbau, der Chemie und Schwerindustrie). Die Deutsche Wirtschaftskommission leitete ab dem Juni 1947 von zentraler Stelle aus wesentliche Entwicklungen der Wirtschaft der SBZ. Dies war ein deutliches Kennzeichen, dass die SBZ sich nicht in Richtung Marktwirtschaft, sondern in Richtung sozialistischer Zentralverwaltungswirtschaft (ähnlich wie in der UdSSR) entwickeln würde.“

### **AFB III: Vorbemerkungen**

*Grundsätzliche Anforderungen zum AFB III sind dem allgemeinen Arbeitsblatt zu den Klausuren in der Sek II zu entnehmen (MAX-Homepage, Bereich „Geschichte“).*

Die Aufgabenstellung fordert Sie auf, *begründet Adenauers Aussagen in den Zeilen 19 – 29 zu beurteilen*. Die Beschreibung des Operators lautet hier: „den Stellenwert von Sachverhalten oder Prozessen in einem Zusammenhang überprüfen, um kriterienorientiert zu einem begründeten Sachurteil zu gelangen“. Es lohnt sich, auf drei Worte aus der Beschreibung hinzuweisen: 1.) „überprüfen“ heißt hier, dass Ihr Urteil aus einer genauen Auseinandersetzung mit dem Material erwachsen soll (sonst wirkt das Urteil unbegründet und nicht überzeugend); 2.) „Sachurteil“ definiert die Art des Urteils genauer (hier eben kein Werturteil<sup>14</sup>); 3.) „kriterienorientiert“ bedeutet, dass Sie dem Leser klarmachen müssen, auf welcher Basis / nach welchen Grundlagen Sie urteilen.

Einige Vorgehensweisen machen ein historisches Urteil im Regelfall besonders überzeugend. So ist es sinnvoll, nicht „unhistorisch“ zu argumentieren, also nur Wissensstände, Perspektiven, ... unserer Gegenwart einzubeziehen, sondern auch die Umstände der Zeit zu berücksichtigen, in der das Material entstanden ist. Ferner sind differenziert begründete Urteile (das Pro und Kontra wird genauer verglichen/abgewägt) meist gelungener als einseitige. Der Aufbau einer solchen Ausarbeitung entspricht dann in großen Teilen einer Ihnen gut bekannten Aufsatzform: der dialektischen Erörterung!

Schon in der Vorstellung des Materials wurde darauf verwiesen, dass der erste Bundeskanzler der BRD der DDR sehr kritisch gegenüberstand, der vermutlich also nicht unvoreingenommen über deren Staatsgründung sprechen wird. Da er im Material an keiner Stelle über die demokratischen Defizite seines eigenen Staates spricht, scheint diese Voreingenommenheit sehr groß zu sein. Der Fairness halber muss darauf hingewiesen werden, dass in der ungekürzten Rede die folgende Passage zu finden ist: „[...] einen westlichen Teil mit 45 Millionen Einwohnern [gemeint ist die BRD], der sich zwar noch nicht im vollen Besitz der Freiheit befindet, in dem aber die Souveränitätsrechte eines demokratischen Staates immer mehr in deutsche Hände gelegt werden [...]“. Adenauer gesteht also ein, dass die BRD zum Zeitpunkt der Rede kein völlig souveräner Staat ist, da die Westalliierten noch wichtige Hoheitsrechte für diesen besitzen. Im Detail geht der Bundeskanzler in dieser Rede aber darauf nicht ein, auch nicht darauf, welche Rolle die Westmächte bei der Gründung der BRD und dem Auseinanderdriften der beiden deutschen Teilstaaten spielten.

Damit die Bearbeitung der zweiten und dritten Aufgabe nicht zu umfangreich wird, wurde die Quelle erheblich gekürzt. Die Frage, ob und in welchem Maße Adenauer einseitig „nach Osten“ kritisiert, lässt sich mit dem Material nach den vorgenommenen Kürzungen nicht vollständig bearbeiten. Da dieses Arbeitsblatt aber eher eine methodische als eine inhaltliche Übung bieten soll, wurden diese und weitere Einschränkungen beim Erstellen in Kauf genommen.

Zurück zur Aufgabe: Sehr stark vereinfacht fordert also die Aufgabenstellung von Ihnen, eine Meinung dazu zu formulieren, ob das, was Adenauer in den Z. 19 - 29 sagt, sachlich zutreffend ist. Wie bei den Aufgaben 1 und 2 kommen zunächst die Vorarbeiten, dann die Ausarbeitung.

#### **Aufgabe:**

Bearbeiten Sie nun die Aufgabe 3.

Vergleichen Sie Ihre Ergebnisse anschließend mit der möglichen Lösung auf der nächsten Seite.

---

<sup>14</sup> Zur Unterscheidung von Sach- und Werturteilen finden sich Hinweise im Arbeitsblatt „Arbeiten mit Materialien im Geschichtsunterricht der Sek. II“ auf der MAX-Homepage

### **AFB III: Begründetes Beurteilen von Aussagen des Materials:**

(Bei dieser Übung geht es in erster Linie darum, das methodische Vorgehen zu üben. Daher ist zu vernachlässigen, dass in der folgenden Lösung der Aufgabe mehrere mögliche Aspekte nicht genannt und einige der eingefügten recht knapp gehalten wurden.)

*Eine mögliche Lösung (NICHT DIE EINZIGE KORREKTE LÖSUNG!) könnte so aussehen:*

Zunächst möchte ich die Kernaussage der in der Aufgabenstellung genannten Zeilen herausstellen. Konrad Adenauer behauptet, dass nur ein Staat, der auf dem freien Willen seiner Bevölkerung beruhe, auch ein legitimer Staat sei (vgl. Z. 19 - 22). Demnach sei die BRD ein legitimer Staat, die „Organisation der Sowjetzone“ (Z. 23) (gemeint ist die DDR) jedoch nicht (vgl. Z. 23 - 29). Diese Behauptung wird in der Folge in erster Linie anhand des Kriteriums der sachlichen Korrektheit<sup>15</sup> bzw. Begründbarkeit genauer untersucht und abschließend beurteilt.

Zur Aussage über die Legitimität der BRD kann kritisch angemerkt werden, dass die von Adenauer hervorgehobene Volkssouveränität zum Zeitpunkt der Rede noch in wichtigen Teilen eingeschränkt war. So hatte der westdeutsche Staat z.B. noch keine Wehrhoheit, was in Anbetracht der Tatsache, dass der Zweite Weltkrieg erst seit etwas mehr als vier Jahren beendet war, durchaus nachvollziehbar erscheint. Auch bei wichtigen außenpolitischen Fragen (z.B. Bündniszugehörigkeiten) und Veränderungen bezüglich der Grenzen der BRD behielten sich die Westmächte, vertreten seit dem September 1949 u.a. durch die hohen Kommissare in Bonn, die letzte Entscheidung vor. Auf weitere Details des Besatzungsstatuts kann aus Zeitgründen in diesem Rahmen nicht eingegangen werden. Die eben genannten Einschränkungen der Volkssouveränität werden von Adenauer in der gegebenen Rede kaum thematisiert<sup>16</sup>, obwohl er die Sachlage als Bundeskanzler natürlich genau kennt. Auch dass die Gründung eines westdeutschen Teilstaates von den Westalliierten 1948 durch die Frankfurter Dokumente erlaubt oder in Auftrag gegeben (je nach zustimmender oder kritischer Lesart) wurde, findet in der Rede keine Erwähnung. Dass den deutschen Ministerpräsidenten die Gründung eines Teilstaates empfohlen wurde, ist von großen Teilen der Bevölkerung kritisch gesehen worden, bei der Gründung der BRD wurde folglich nicht zu jedem Zeitpunkt und in jeder Hinsicht der Wille des Volkes berücksichtigt, was Adenauer aber so nicht herausstellt. Die realpolitischen Umstände in den Jahren 1945 – 1949 hätten die Umsetzung des Volkswillens hinsichtlich eines souveränen und ungeteilten Deutschlandes allerdings auch kaum ermöglicht. Dass Adenauer kein Interesse daran hatte, in der gegebenen Rede den Einfluss der drei Westmächte und die Einschränkungen der Souveränität der Westdeutschen zu betonen, lässt sich damit begründen, dass der Redner den Unterschied zwischen BRD und DDR (deren Legitimität er ja bestreitet) möglichst groß erscheinen lassen möchte.

Dem damaligen Bundeskanzler ist ohne Weiteres in dem Gedankengang zu folgen, dass 23 Millionen Wahlberechtigte ihren Willen frei äußern können (vgl. Z. 27-29), da sie – im Gegensatz zu Volkskammer-Wahlen in der DDR – zwischen Kandidaten und Parteien wählen können und so über die Mandatsvergabe im Bundestag einen Einfluss auf die Regierungsbildung und politische Entscheidungen haben. So ist z.B. Konrad Adenauer zum gegebenen Zeitpunkt Bundeskanzler, da zuvor die Mehrheit der Wähler für Abgeordnete bzw. die Parteien stimmten, aus denen er eine Koalitionsregierung formen konnte.

---

<sup>15</sup> Hier werden als Grundlage für das später zu fällende Sachurteil Kriterien genannt.

<sup>16</sup> Adenauer gibt dies in einer weggekürzten Passage grundsätzlich aber durchaus zu (siehe hierzu auch: Vorbemerkungen zum AFB III)

In den Z. 23 – 29 behauptete der Bundeskanzler der BRD, die „Organisation der Sowjetzone“ sei nicht durch den freien Willen seiner Bevölkerung, sondern durch einen Befehl aus der UdSSR und eine dieser ergebene deutschen Minderheit entstanden. Von einem legitimen Staat könne folgerichtig nicht die Rede sein.

Gegen diese These könnte eingewendet werden, dass auch in der SBZ mehrere Parteien (z.B. auch die CDU) existierten und immer wieder gewählt wurde. Demnach müsste das (wahlberechtigte) Volk der Souverän sein.

Bei genauerer Betrachtung ist dem jedoch zu widersprechen, da diese Stimmabgaben in großen Teilen nach heutigem und damaligem<sup>17</sup> Verständnis nicht demokratisch waren, da z.B. die KPD und nach der (Zwangs-)Vereinigung mit der SPD zur SED diese von der SMAD massiv bevorteilt wurde. Ferner wurde auf politische Gegner bzw. andere Parteien Druck ausgeübt, eine echte Opposition war also nicht möglich. Die DDR gleicht bei ihrer Gründung in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht in vielen Punkten der UdSSR. Die Partei, die einem solchen Staatsmodell am nächsten stand, war 1945 die KPD, die nie eine Mehrheit bei überregionalen Wahlen erringen konnte und sich selbst nach der Zwangsvereinigung mit der SPD noch schwer tat, vorzeigbare Wahlergebnisse zu erzielen. Hätte die Bevölkerung aber einen kommunistischen Staat sowjetischer Prägung gewünscht, hätte sie mehrheitlich für die KPD bzw. die SED gestimmt. Da dies aber nicht geschah, wurde folglich mit der Staatsgründung der DDR die Volkssouveränität nicht berücksichtigt und die Legitimität war nicht gegeben. Dass hingegen in der UdSSR Personen (v.a. Stalin) ein Interesse daran hatten, Kommunisten in Deutschland in entscheidende Positionen zu bringen und in der Folge auf die Entstehung eines pro-sowjetischen Staates (aus sowjetischer Sicht wäre natürlich ein kommunistisches Gesamt-Deutschland ideal gewesen) hinzuwirken, wird u.a. an der Entsendung der „Gruppe Ulbricht“ 1945 und der Einflussnahme durch die SMAD deutlich.

Nach der oben angeführten Untersuchung komme ich zu dem Urteil, dass Konrad Adenauer zwar in gewisser Hinsicht einseitig argumentiert, ihm aber auf der sachlichen Ebene durchaus zu folgen und zuzustimmen ist. Die Aussage in den gegebenen Zeilen ist also insgesamt nachvollziehbar und korrekt.

Abschließend lässt sich noch anmerken, dass eine sprachliche Besonderheit des Materials, die Vermeidung des Begriffes „DDR“, aus der Sicht des Bundeskanzlers folgerichtig ist, da er etwas, was es seiner Meinung nach nicht geben dürfte, offensichtlich nicht beim Namen nennen möchte.

---

<sup>17</sup> Hier wird deutlich gemacht, dass die Ausführungen auch die Umstände und Wertmaßstäbe der damaligen Situation berücksichtigen.